

TOP 28:

Entschließung des Bundesrates zur Weiterführung des Gesetzgebungsverfahrens zum Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG)

- Antrag der Länder Bremen, Hamburg und Niedersachsen -

Drucksache: 755/16

I. Zum Inhalt der Entschließung

Mit der beantragten Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, damit das Gesetzgebungsverfahren zum PflBRefG zu einem Abschluss kommt.

Zur Begründung führen die Antrag stellenden Länder aus, es sei dringend erforderlich, die Reform der Pflegeausbildungen zu beschließen, um pflegewissenschaftliche Erkenntnisse sowie übergreifende pflegerische Kompetenzen zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen in allen Versorgungsbereichen vermitteln zu können.

Zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der derzeit im Deutschen Bundestag beraten wird (vgl. BT-Drucksache 18/7823), hatte der Bundesrat in seiner Sitzung am 26. Februar 2016 Stellung genommen (vgl. BR-Drucksache 20/16 (Beschluss)).

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der federführende **Gesundheitsausschuss** empfiehlt dem Bundesrat, die Entschließung nach Maßgabe einiger redaktioneller Änderungen zu fassen.

Der **Ausschuss für Kulturfragen** empfiehlt, die Entschließung unverändert zu fassen.

Einzelheiten sind der **BR-Drucksache 755/1/16** zu entnehmen.

